

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Aml. Anz. Nr. 39

FREITAG, DEN 20. MAI

2011

Inhalt:

	Seite		Seite
Richtlinien zur Förderung der überbetrieblichen Berufsbildung	1253	Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache	1256
Eintragung in die Denkmalliste	1255	Öffentliche Zustellung	1256
Bestellungen zum Bezirksschornsteinfegermeister für die Hamburger Kehrbezirke (KB)	1255	Widmung einer Verkehrsfläche in Eimsbüttel	1256
Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die italienische Sprache	1256		

BEKANNTMACHUNGEN

Richtlinien zur Förderung der überbetrieblichen Berufsbildung

Vom 20. Mai 2011

1. Zweck und Gegenstand der Förderung

Kleine und mittlere Unternehmen verfügen nicht immer über die entsprechenden wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, qualifizierte Ausbildung. Da der beruflichen Qualifizierung auch nach der Handwerksordnung besondere Bedeutung zukommt, gewährt die Behörde für Schule und Berufsbildung (Behörde) nach Maßgabe dieser Richtlinien und der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (VV) zu den §§ 23, 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse.

- 1.1 Gefördert werden anerkannte Lehrgänge der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung für Auszubildende der Grundstufe (in der Regel erstes Ausbildungsjahr). Mit den Zuschüssen zu den laufenden Kosten wird ein Beitrag zu den von den Ausbildungsbetrieben zu tragenden Kosten geleistet.
- 1.2 Darüber hinaus kann sich die Behörde zur Förderung der Berufsbildung in von den zuständigen Stellen anerkannten überbetrieblichen Berufsbildungsstätten mit Sitz im Land Hamburg durch Gewährung

von Zuwendungen vorrangig für die Erstbeschaffung, Modernisierung der Ausstattung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und den Bau beteiligen, sofern der Bund sich ebenfalls beteiligt und die Förderung der beruflichen Ausbildung eine wesentliche Aufgabe der zu fördernden Berufsbildungsstätte darstellt.

- 1.3 Die Förderung hat insbesondere zum Ziel,
 - den Qualifikationsstandard von Auszubildenden und Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen zu steigern;
 - Auszubildende kleiner und mittlerer Unternehmen mit neuen Technologien sowie mit Kenntnissen und Fertigkeiten vertraut zu machen, die im Betriebsablauf nur schwer erlernbar sind und die ihnen die Beschäftigung nach dem Ausbildungsabschluss erleichtern;
 - Ausbildungsplätze in der Wirtschaftsregion Hamburg zu sichern.
- 1.4 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Die Behörde entscheidet auf Grund pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
2. **Zuwendungsempfänger**
 - 2.1 Zuwendungen nach diesen Richtlinien erhalten Träger überbetrieblicher Berufsbildungsstätten oder von Maßnahmen der überbetrieblichen Berufsbildung.

- 2.2 Die Träger müssen Körperschaften des öffentlichen Rechts oder steuerlich als gemeinnützig anerkannt sein.
3. **Zuwendungsvoraussetzungen**
Eine Förderung wird unter folgenden Voraussetzungen gewährt:
- 3.1 Es muss erkennbar sein, dass der Zuwendungsempfänger selbst für die in Ziffer 1 genannten Zwecke und Ziele eintritt. Die Finanzierung der einzelnen Projekte und deren Folgekosten müssen sichergestellt sein.
- 3.2 Es muss gewährleistet sein, dass in der überbetrieblichen Berufsausbildungsstätte die für eine qualifizierte Berufsausbildung erforderliche sachliche und personelle Ausstattung vorhanden ist.
- 3.3 Es müssen in ausreichender Zahl Ausbilder beschäftigt werden, die mindestens die Berechtigung zum Ausbilden nach dem Berufsbildungsgesetz beziehungsweise der Handwerksordnung haben. Für die Vermittlung neuer Technologien kann hiervon abgewichen werden.
- 3.4 Es wird vorausgesetzt, dass die Träger den Wünschen auf Austausch von Lehrkräften und gegenseitige Nutzung von Gebäuden und Einrichtungen mit berufsbildenden Schulen nach Möglichkeit entsprechen.
- 3.5 Die überbetriebliche Berufsbildungsstätte muss systematische überbetriebliche Lehrgänge bieten und das Berufsbildungsgesetz, die Handwerksordnung, die Ausbildungsordnungen sowie sachgerechte Lehrpläne zugrunde legen.
- 3.6 Förderfähig sind nur bundeseinheitliche und, soweit solche nicht bestehen, von der Behörde anerkannte Lehrgänge. Die Lehrgangspläne sind mit den Lernplänen der entsprechenden Berufsschulen und den Ausbildungsrahmenplänen abzustimmen.
- 3.7 Die Lehrgänge sollen als geschlossene Tagesveranstaltungen durchgeführt werden und mindestens fünf Arbeitstage vorsehen.
- 3.8 Die von der Behörde anerkannten Lehrgangspläne werden in ein „Verzeichnis der von der Behörde für Schule und Berufsbildung anerkannten Lehrgangspläne“ aufgenommen.
4. **Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**
- 4.1 Die Zuwendungen werden zur Deckung von Ausgaben des Trägers für einzelne abgegrenzte Vorhaben gewährt (Projektförderung).
- 4.2 Zuschüsse zu den laufenden Kosten überbetrieblicher Lehrgänge nach Ziffer 1.1 werden grundsätzlich zur Anteilsfinanzierung gewährt.
- 4.2.1 Die vorgesehenen Lehrgänge werden grundsätzlich mit höchstens einem Drittel der anerkannten zuwendungsfähigen Ausgaben bezuschusst. Eine angemessene Eigenbeteiligung (in der Regel ein Drittel) ist erforderlich. Ausnahmsweise kann die Behörde Zuschüsse zur Fehlbedarfsfinanzierung gewähren oder aus berufsbildungspolitischen Gründen bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben erstatten. In diesen Fällen soll für den jeweiligen Ausbildungsbe-
reich eine angemessene Anzahl von Bildungsmaßnahmen bereits eingerichtet sein.
- 4.2.2 Einnahmen, die der Träger aus überregionalen Tarifverträgen für die Ausbildung erhält, werden auf die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben angerechnet, sofern sie für Ausbildungsleistungen gezahlt werden, die nach den einschlägigen Ausbildungsordnungen in dieser Form verbindlich vorgeschrieben sind. Gebühren, die von den Ausbildungsbetrieben erhoben werden, werden im Rahmen der Eigenmittel berücksichtigt.
- 4.2.3 Der Zuwendung wird ein von der Behörde vorher genehmigter Kostenplan zugrunde gelegt. Die Lehrgangsförderung erfolgt nach dem je Teilnehmer/Lehrgang festgesetzten zuwendungsfähigen Betrag.
- 4.2.4 Obergrenzen für die Kostenberechnung sind die für Personal- und Sachausgaben vergleichbaren Werte der Freien und Hansestadt Hamburg. Für Raum- und Materialkosten können Abweichungen zugelassen werden, wenn dies für die Durchführung einer Berufsbildungsmaßnahme notwendig ist.
- 4.2.5 Für die Errechnung der Durchschnittskosten je Teilnehmer eines Lehrgangs ist die von der Behörde nach pädagogischen Gesichtspunkten festgesetzte Orientierungszahl maßgebend.
- 4.2.6 Der Zuschuss zu den Lehrgangskosten wird nur gewährt, wenn der Auszubildende regelmäßig am Lehrgang teilgenommen hat.
- 4.3 Zuwendungen für investive Zwecke nach Ziffer 1.2 werden grundsätzlich zur Anteilsfinanzierung gewährt.
- 4.3.1 Die vorgesehenen Beschaffungen werden grundsätzlich bis zu einem Drittel der anerkannten zuwendungsfähigen Ausgaben bezuschusst. Von einer angemessenen Eigenbeteiligung des Trägers (in der Regel ein Drittel) kann nur im Ausnahmefall abgesehen werden.
- 4.3.2 Die mit Hilfe der Zuschüsse beschafften Gegenstände sind, soweit nicht im Zuwendungsbescheid etwas anderes bestimmt ist, fünf Jahre nach Beschaffung für die überbetriebliche Berufsbildung zu verwenden. Falls eine zweckentsprechende Nutzung der beschafften Gegenstände bis zum Ablauf der zeitlichen Bindung nicht mehr möglich ist, ist die Behörde unverzüglich zu informieren. In diesem Fall hat der Zuwendungsempfänger auf Aufforderung der Behörde die Zuwendung ganz oder teilweise zurückzahlen. Der Erstattungsanspruch ist ab Bedingungseintritt zu verzinsen.
- 4.4 Eine Förderung ist grundsätzlich ausgeschlossen, wenn die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben 5000 Euro nicht übersteigen. Diese Bagatellgrenze gilt sowohl für beantragte Zuschüsse zu den laufenden Kosten als auch für die Förderung investiver Zwecke.
5. **Verfahren**
- 5.1 Die Absicht, ein Vorhaben unter Inanspruchnahme von Förderungsmitteln nach diesen Richtlinien durchzuführen, ist der Behörde so früh wie möglich anzuzeigen. Diese informiert den Anzeigenden über die Einzelheiten und den Gang des Verfahrens.
- 5.2 Anträge müssen die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Sie sind in zweifacher Ausfertigung bei der Behörde für Schule und Berufsbildung – Amt für Weiterbildung – einzureichen. Es sollen grundsätzlich die Antragsvordrucke, die auf

Anforderung zur Verfügung gestellt werden, verwendet werden.

- 5.3 Anträge zur Förderung von Lehrgängen gemäß Ziffer 1.1 sollen als Sammelanträge durch die zuständige Kammer jährlich einmal gestellt werden. Den Anträgen ist stets eine Stellungnahme der nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stelle, zur Notwendigkeit der Maßnahme und Angemessenheit der Kosten sowie der Mindest- und Höchstteilnehmerzahl beizufügen. Dies gilt nicht für Wiederholungsanträge zu jährlich wiederkehrenden Lehrgängen.
- 5.4 Den Anträgen auf Lehrgangsförderung sind ein Finanzierungsplan, ein Kostenplan sowie – erstmalig bei neuen Lehrgängen – ein Lehrgangsplan, Angaben über die Qualifikation der Ausbilder sowie über die technische und räumliche Ausstattung der Ausbildungsstätte beizufügen.
- 5.5 Den Anträgen auf Gewährung einer Investitionsförderung sind neben den Erfordernissen in Ziffer 5.4 der Benutzungsplan, der Beschaffungsplan und gegebenenfalls Bauunterlagen beizufügen. Bei Modernisierungen sind die Auswirkungen auf den Benutzungsplan darzulegen.
- 5.6 Die Behörde kann Gutachten verlangen und durch eigene Prüfungsdienste die Voraussetzungen für eine Zuschussgewährung prüfen.
- 5.7 Zuwendungen zur Projektförderung dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Dies gilt nicht für Wiederholungsanträge zu jährlich wiederkehrenden Lehrgängen.
- Lieferungs- und Leistungsverträge für Investitionen in Maschinen und Geräte als Lehrmaterial können mit Zustimmung der Behörde vor der Bewilligung der Zuwendung abgeschlossen werden, wenn die Gründe für die Beschaffungen nicht rechtzeitig voraussehbar waren, die vorzeitige Beschaffung aber für den kontinuierlichen Lehrgangsbetrieb unabweisbar notwendig oder aus wirtschaftlichen Gründen (z. B. zur Vermeidung höherer Anschaffungspreise) geboten war. In diesen Fällen trägt der Zuwendungsempfänger das Risiko, das mit einer in der Höhe abweichenden Entscheidung verbunden ist. Die für eine Zwischenfinanzierung entstehenden Kosten sind nicht zuwendungsfähig.
- 5.8 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten das Hamburgische Verwaltungsverfahrensgesetz sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung, die Bestandteil des jeweiligen Bescheides sind. Bei Baumaßnahmen gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung in Verbindung mit den Berufsfachlichen Nebenbestimmungen.
- 5.9 Für eine Erfolgskontrolle hat der Zuwendungsnehmer im Rahmen des Verwendungsnachweises auf die Notwendigkeit von überbetrieblichen Kursen einzugehen und die alljährliche Entwicklung von Kursen zu dokumentieren.
- 5.10 Grundlage für den Datenschutz sind die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der antragstellenden

Kammern, Innungen und Verbände. Für Prüfzwecke sind der Behörde alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

6. Inkrafttreten

Die vorliegende Fassung der „Richtlinien der Behörde für Schule und Berufsbildung zur Förderung der überbetrieblichen Berufsbildung“ tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Amtlichen Anzeiger in Kraft. Sie gilt bis zum 31. Dezember 2020 und für bereits bewilligte Zuwendungen mit der Einschränkung, dass anderslautende Bestimmungen des Zuwendungsbescheides und der dazu getroffenen Vereinbarungen nur einvernehmlich durch die Regelungen dieser Richtlinie ersetzt werden können. Gleichzeitig treten die „Richtlinien der Behörde für Schule und Berufsbildung zur Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten“ vom 9. März 1988 außer Kraft.

Hamburg, den 20. Mai 2011

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Amtl. Anz. S. 1253

Eintragung in die Denkmalliste

Auf Grund von § 5 Absatz 2 des Denkmalschutzgesetzes vom 3. Dezember 1973, zuletzt geändert am 27. November 2007, wird öffentlich bekannt gemacht:

In die Denkmalliste wurde eingetragen:

Hower Hauptdeich 41

– Reetgedeckte Fachwerkhallenkate aus dem 17. Jahrhundert –

Grundbuch von Kirchwerder Blatt 4071,

Gemarkung Kirchwerder Flurstück 7139,

Denkmalliste-Nummer 1870.

Eintragungen in die Denkmalliste haben insbesondere nach § 8 Absatz 1 des Denkmalschutzgesetzes die Wirkung, dass Kulturdenkmäler ohne Genehmigung des Denkmalschutzamtes weder ganz oder teilweise beseitigt, wiederhergestellt, erheblich ausgebessert, von ihrem Standort entfernt oder sonst verändert werden dürfen.

Verstöße gegen die Bestimmungen der §§ 8 ff. können, sofern sie nicht nach § 304 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen sind, nach § 28 des Denkmalschutzgesetzes als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 500 000,- Euro geahndet werden.

Hamburg, den 5. Mai 2011

Die Kulturbehörde

Amtl. Anz. S. 1255

Bestellungen zum Bezirksschornsteinfegermeister für die Hamburger Kehrbezirke (KB)

01.05.11 Timo Schenk KB 516

01.05.11 Sven Maluche KB 604

Hamburg, den 27. April 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 1255

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die italienische Sprache

Frau Sabrina Stadlmayr, geboren am 19. Oktober 1973 in Kaufbeuren, wohnhaft Christoph-Walch-Straße 4, 87600 Kaufbeuren, Telefon: 0 83 41/9 95 81 81, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die italienische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 27. April 2011

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 1256

Öffentliche Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache

Frau Bige Yigit, geboren am 16. April 1983 in Hamburg, wohnhaft Steilshooper Straße 296, 22309 Hamburg, Telefon: 040/39 87 30 58, ist zur allgemein vereidigten Dolmetscherin und Übersetzerin für die türkische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 10. Mai 2011

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 1256

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Isen Muslijevic, geboren am 7. März 1974, zuletzt wohnhaft Rotenhäuser Straße 72, 22109 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 6. Juni 2011 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten eine Übergangsanzeige gemäß § 7 UVG für erbrachte Unterhaltsvorschussleistungen der Kinder Claudia, Cleotina und Faik Muslijevic im Fachamt für Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 210, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 20. Juni 2011 als bewirkt.

Hamburg, den 9. Mai 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1256

Widmung einer Verkehrsfläche in Eimsbüttel

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 321, Gemarkung Stellingen, belegene Wegefläche (Flurstücksteilfläche 4839-1) der Straße Am Langdiek (von Lütt Kollau bis Flurstück 630/612) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Hamburg, den 12. Mai 2011

Das Bezirksamt Eimsbüttel

Amtl. Anz. S. 1256

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wissenschaft und Forschung, vertreten durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ABH 57, Hochschulbau – HSB, Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg, Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87, Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Bodenbelagsarbeiten
- e) Center for Free – Electron Laser Science, Luruper Chaussee 149, 22761 Hamburg
- f) Vergabenummer **ÖA – BSU/HSB 097/11**
- Baustelleneinrichtung, 1 psch
 - 2K Epoxidabsperrschicht ca. 3000m²
 - PVC ableitfähig, ESD, d=3mm, gabelstaplerbefahrbar, ca. 2100m²
 - PVC ableitfähig, d=2mm, ca. 600m²
 - PVC antistatisch, d=2mm, ca. 600m²
 - Textiler Bodenbelag, ca. 5800m²
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn: Oktober 2011, Ende: April 2012
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 13. Mai 2011 bis 27. Juni 2011, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 32,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB, Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00, Geldinstitut: Bundesbank
Verwendungszweck:
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 97/11)
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 6. Juli 2011, 10.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 6. Juli 2011, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 6. Oktober 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 12. Mai 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

462

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Gussasphalt geschliffen
- e) Center for Free – Electron Laser Science,
Luruper Chaussee 149, 22761 Hamburg
- f) Vergabenummer **ÖA – BSU/HSB 100/11**
– Baustelleneinrichtung, 1 psch
– Gussasphalt geschliffen in Terrazzooptik, ca. 1100m²
- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn: November 2011, Ende: Januar 2012
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 16. Mai 2011 bis 17. Juni 2011, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 28,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung

Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank

Verwendungszweck:

Referenz: 4040600000004 (ÖA – 100/11)

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 28. Juni 2011, 10.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 28. Juni 2011, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 28. September 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 13. Mai 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

463

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Parkettarbeiten
- e) Center for Free – Electron Laser Science,
Luruper Chaussee 149, 22761 Hamburg
- f) Vergabenummer **ÖA – BSU/HSB 98/11**
– Baustelleneinrichtung, 1 psch
– 2K Epoxidabsperrschicht, ca. 400m²
– Stabparkett im unregelmäßigen Verband, ca. 400m²
– Treppenstufen mit vorgefertigter Treppenplatte,
b=140-160 cm, ca. 92 Stück

- g) Entfällt
- h) Nein
- i) Beginn: ca. November 2011, Ende: ca. Januar 2012
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 16. Mai 2011 bis 20. Juni 2011, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 34,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank
Verwendungszweck:
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 98/11)
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 30. Juni 2011, 11.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 30. Juni 2011, 11.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. September 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsterstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 16. Mai 2011
Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- 464
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Fernmelde- und informationstechnische Anlagen
- e) Staats- und Universitätsbibliothek in Hamburg
- f) Vergabenummer **ÖA – BSU/HSB 168/11**
Das Gebäude besteht aus einem mehrgeschossigen unter Denkmalschutz stehenden Altbau. Die künftige BMA soll in ein Gesamtsystem bereits bestehender Anlagen in einem zusammenhängendem Gebäudekomplex (Altbau, Neubau, Verbindungsbau usw.) eingebunden werden. Die Nutzung des Gebäudekomplexes als Bibliothek erfolgt durchgehend, auch über die üblichen Arbeitszeiten, bis in die späten Abendstunden. Folgende wesentliche Leistungen sind dort zu erbringen:
– Installation einer Brandmeldeanlage
– Installation von ca. 270 automatischen und ca. 60 nichtautomatischen Meldern
– Installation eines Rauchansaugsystems
– Installation von 9 Fluchtwegsicherungen von Türen
– Installation eines Leitungsnetzes
– Einbindung von relevanten Sicherheitsanlagen
– Erweiterung des Überwachungsbereiches
– Erweiterung eines Leitungsnetzes
– Herstellung von Durchbrüchen und Brandschutzmaßnahmen
– Öffnen und Schließen der vorhandenen Unterdecken
- g) Entfällt
- h) Entfällt
- i) Beginn: ca. Juli 2011, Ende: ca. Januar 2012
- j) Entfällt
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme:
vom 18. Mai 2011 bis 6. Juni 2011, 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 28,- Euro
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Ausschließlich Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger: BSU, ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Kontonummer: 200 015 60, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Bundesbank
Verwendungszweck:
Referenz: 4040600000004 (ÖA – 168/11)
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 16. Juni 2011, 11.00 Uhr, eingereicht werden.
- o) Anschrift: siehe grüner Anschriftenzettel zur Angebotskennzeichnung.
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 16. Juni 2011, 11.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).

Öffentliche Ausschreibung

- a) Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Wissenschaft und Forschung,
vertreten durch die
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ABH 57, Hochschulbau – HSB,
Weidestraße 122 c, III. Obergeschoss, 22083 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 63 - 52 87
Telefax: 040 / 4 28 63 - 53 31

- Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 29. Juli 2011.
- w) Beschwerdestelle:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Amtsleiter – ABH 0,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

Hamburg, den 16. Mai 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

465

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
Postanschrift: Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Bearbeiter: Arne Spangenberg,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 25 61,
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 94 - 90 90
E-Mail:
arne.spangenberg@lsbg.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des Auftraggebers (URL):
http://lsbg.hamburg.de
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
anderen Stellen: siehe Anhang A.II
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
andere Stellen: siehe Anhang A.III
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
und Haupttätigkeit(en)**
Regional- oder Lokalbehörde
Sonstiges: Hochwasserschutz
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
geber:
Lieferung Promenadenbelag und Verblendmaterial

- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:
(b) Lieferung
Kauf
Hauptlieferort: Hamburg
NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:
Bei den Hochwasserschutzmaßnahmen Binnen-
hafen und Niederhafen werden im Zeitraum 2011
bis 2015 Materialien als Promenadenbelag bzw.
zur Verblendung der land- und wasserseitigen
Fassaden benötigt.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
(CPV):
Hauptgegenstand: 44.11.32.00 - 7
Ergänzende Gegenstände: 44.11.11.00 - 2
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja
Die Angebote sollten wie folgt eingereicht wer-
den: für ein oder mehrere Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Insgesamt werden 10 090 m² Promenadenbelag
und 6100 m² Verblendmaterial benötigt.
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auf-
tragsausführung:**
60 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR- MATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
schriften:
Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Ver-
gabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmäch-
tigtem Vertreter(in)
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auf-
tragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit:

Von allen Bietern ist eine Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit abzugeben. Die Angaben werden gegebenenfalls von der Vergabestelle durch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Gewerbeordnung (GewO) überprüft; von ausländischen Bietern wird gegebenenfalls eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes gefordert.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angabe des Jahresumsatzes der letzten 3 Geschäftsjahre aufgeteilt nach Gesamtumsatz und Umsatz vergleichbarer Leistungen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angabe von 3 Referenzen vergleichbarer Leistungen seit 2008.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV G2 188/11

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 8. Juli 2011, 11.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 5,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-G2-188/11. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA, Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20, Geldinstitut Postbank Hamburg. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/ Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken. IBAN DE 2001 0020 03752022 05, BIC PBNKDEFF200 (Hamburg)

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

12. Juli 2011, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 11. Oktober 2011

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 12. Juli 2011, 9.30 Uhr

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag:** Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen:**

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 22 EG VOL/A).

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:

Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 23 - 20 20
E-Mail: dieter.carmesin@fb.hamburg.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
16. Mai 2011

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 231

Postanschrift:

Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland

ANHANG B

ANGABE ZU DEN LOSEN

Los-Nr. 1 Bezeichnung: Lieferung Promenadenbelag

1. **Kurze Beschreibung:**
Es werden 10 090 m² Promenadenbelag benötigt.
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 44.11.32.00 - 7
3. **Menge oder Umfang:** 10 090 m²
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
5. **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2 Bezeichnung: Lieferung Verblendmaterial

1. **Kurze Beschreibung:**
Es werden 6100 m² Verblendmaterial benötigt.
2. **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**
Hauptgegenstand: 44.11.32.00 - 7
Ergänzende Gegenstände: 44.11.11.00 - 2
3. **Menge oder Umfang:** 6100 m²
4. **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**
5. **Weitere Angaben zu den Losen:** –
Hamburg, den 16. Mai 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

466

Bekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

igs internationale gartenschau hamburg 2013
GmbH

Postanschrift:

Pollhornbogen 18, 21107 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Bearbeiter: Frau Jessica Tag,
Telefon: +49 (0)40 / 226 31 98-72,
Telefax: +49 (0)40 / 226 31 98-99,
E-Mail: Jessica.Tag@igs-hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

anderen Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Sonstiges: igs internationale gartenschau
hamburg 2013 GmbH

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Ja

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
igs 2013 – LOS 3 Welt der Kontinente Pflanzung
Blütenmeer

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:

(a) Bauleistung

Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg

NUTS-Code: DE 600

- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
5.300 m² Stauden- und Geopythenpflanzungen, Fertigstellungs- und Entwicklungspflege, Ausstellungspflege
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):
Hauptgegenstand: 45.11.27.10 - 5
Ergänzende Gegenstände: 45.23.62.50 - 7
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Dauer in Monaten: 3
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in)
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
- Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
- Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
- Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-IGS-189/11
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl:
2011/S017-026433 vom 26. Januar 2011
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 17. Juni 2011, 11.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 14,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-IGS-189/11 an folgendes Konto:
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ZVA,
Kontonummer 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg.
IBAN DE 2001 0020 03752022 05,
BIC PBNKDEFF200 (Hamburg).
Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift Anhang A II senden. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 22. Juni 2011, 9.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: Bis 3. August 2011
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
22. Juni 2011, 9.30 Uhr
Ort: siehe Anhang A III
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen:
Bieter oder ihre Bevollmächtigten

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

- Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
16. Mai 2011

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**
Offizielle Bezeichnung: –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 228
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Zentrale Vergabeaufsicht, Zimmer E 231
Postanschrift:
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n): –

Hamburg, den 17. Mai 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

467

**Öffentliche Ausschreibungen
der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg****Öffentlicher Teilnahmewettbewerb
mit anschließendem Verhandlungsverfahren
(VOF) ÖB 001 ZU 2011 „Evaluation des Einsatzes
variablen Lichts in Hamburger Schulen“.**

Nähere Informationen zu den zu übernehmenden Evaluationsaufgaben sowie die die Formulare für die geforderten Eigenerklärungen fordern Sie bitte **spätestens bis zum 20. Juni 2011** per E-Mail unter SRM-V242@bsb.hamburg.de ab.

Zuständig für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen ist die Finanzbehörde, Organi-

sation und Zentrale Dienste, Rechts- und Abgabenabteilung (Abteilung 14), Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg.

Hamburg, den 16. Mai 2011

Die Behörde für Schule und Berufsbildung 468

Öffentliche Ausschreibung

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt die **Glas- und Gebäudereinigung** für die Schule Frohmestraße, Frohmestraße 42 in 22457 Hamburg, für die Zeit ab dem 1. November 2011 bis auf Weiteres unter der Projektnummer **2011000054** öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 5. Juli 2011, 14.00 Uhr

Ende der Bindefrist: 31. Oktober 2011

Ausführungsfrist: 1. November 2011 bis auf Weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336-206, unter Angabe der Projektnummer 2011000054 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 6 Absatz 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Hamburg, den 16. Mai 2011

Die Finanzbehörde 469

Gerichtliche Mitteilungen

Zwangsversteigerung

902 K 11/10. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Billwerder Steindamm 18 belegene, im Grundbuch von Borgfelde Blatt 1570 eingetragene 204 m² große Grundstück (Flurstück 882), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem nicht unterkellerten, viergeschossigen Hotelgebäude mit Gaststättennutzung im Erdgeschoss. Das Hotel verfügt über 23 Zimmer (2 Einzelzimmer, 18 Doppelzimmer und 3 Drei-Bett-Zimmer), welche einfach ausgestattet sind, verteilt vom I. bis III. Obergeschoss. Die Gaststätte im Erdgeschoss verfügt über 75 Sitzplätze. Das Gebäude befindet sich in einem durchschnittlichen bis guten Instandhaltungszustand.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 2 034 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 11. Oktober 2011, 9.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertordamm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. März 2010 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungs-

termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 20. Mai 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902 470

Ausschließungsbeschluss

970 II 12/10. Der Grundschuldbrief Gruppe 02 Nummer 0548047 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg von Hohenfelde Band 106 Blatt 3570 in Abteilung III Nummer 19 eingetragene Grundschuld über 50 000,- Deutsche Mark (fünfzigtausend Deutsche Mark) für Reinhard Dietrich Waldemar Linde und der Grundschuldbrief Gruppe 02 Nummer 4140172 über die im Grundbuch des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg von Hohenfelde Band 106 Blatt 3570 in Abteilung III Nummer 23 eingetragenen Grundschuld über 700 000,- Deutsche Mark (siebenhunderttausend Deutsche Mark) für die Finanz- und Kommerz-Union-Etablissement, Vaduz/Lichtenstein, werden für

kraftlos erklärt. Die Geschäftswerte werden auf 2556,46 Euro und 35 790,43 Euro festgesetzt.

Hamburg, den 1. Mai 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 970 471

Ausschließungsbeschluss

970 II 17/10. Der Gesamtgrundschuldbrief Gruppe 02 16985559 und 02 16913943 über die 1. im Grundbuch von Schiffbek des Amtsgerichts Hamburg-St. Georg a) Blatt 3932 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, b) Blatt 3934 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, c) Blatt 4875 in Abteilung III unter laufender Nummer 1, d) Blatt 6749 in Abteilung III unter laufender Nummer 1, e) Blatt 6750 in Abteilung III unter laufender Nummer 1; 2. im Grundbuch von Longerich des Amtsgerichts Köln a) Blatt 12 659 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, b) Blatt 13 693 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, c) Blatt 17 071 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, d) Blatt 19 995 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, e) Blatt 19 996 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, f) Blatt 19 997 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, g) Blatt 30 025 in Abteilung III unter laufender Nummer 3, eingetragene Gesamtgrundschuld über 190 000 000,- Euro für die Bank of America Trustees Limited, vormals firmierend als ABN AMRO Trustees Limited, wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 4. Mai 2011

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 970 472

Sonstige Mitteilungen

**D-Hamburg: Bau von Konstruktionen
und baulichen Anlagen
2011/S 90-146528**

BEKANNTMACHUNG

Bauleistung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 SpriAG – Sprinkenhof AG,
 Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland,
 zu Händen Herrn Behrens,
 Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0,
 Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279
 E-Mail: joern.behrens@sprinkenhof.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 den oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
und Haupttätigkeit(en)**
 Sonstiges: Städtische AG
 Sonstiges: Projektentwicklung und Immobilien-
 management für die Freie und Hansestadt Ham-
 burg
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
geber:
 Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und
 Umwelt (BSU) in Hamburg-Wilhelmsburg, hier
 Elektrotechnik.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
ferung bzw. Dienstleistung:
 Bauleistung
 Ausführung
 Hauptausführungsort: Hamburg-Wilhelmsburg.
 NUTS-Code DE600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
fungsvorhabens:
 Ausschreibung der Elektrotechnik für den Neu-
 bau der Behörde für Stadtentwicklung und
 Umwelt (BSU). Das Verwaltungsgebäude ist für
 etwa 1370 Arbeitsplätze konzipiert und hat eine

BGF von insgesamt etwa 60.800 m². Endgültiger
 Vertragspartner auf Seiten des AG wird die
 GGV Grundstücksgesellschaft Verwaltungsge-
 bäude Neuenfelder Straße mbH (eine 100-pro-
 zentige Tochtergesellschaft der Sprinkenhof AG)
 sein.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
(CPV):
 45223000, 45231000, 45231400, 45232000, 45232200,
 45311000, 45311100, 45311200, 45314000, 45314200,
 45314310, 45314300, 45314320, 45315100, 45315300,
 45315500, 45317300, 45312310
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Leistungen der Elektrotechnik u.a. mit Liefere-
 rung, Montage und Unterhaltung von Stark-
 stromtechnik: hier Mittelspannungsanlagen:
 Mittelspannungsanlage mit 10 Feldern als VNB-
 Übergabe- und Kundenstation ca. 1 Stck., Gieß-
 harz-Trockentransformatoren 630 bzw. 400 kVA
 ca. 4 Stck.; hier Niederspannungs-Hauptvertei-
 lungen: Niederspannungs-Hauptverteilung mit
 17 Feldern ca. 1 Stck., Niederspannungs-Haupt-
 verteilung mit 6 Feldern ca. 1 Stck., Niederspan-
 nungs-Hauptverteilung mit 3 Feldern ca. 1 Stck.
 Niederspannungs-Hauptverteilung mit 2 Feldern
 ca. 1 Stck., Schaltwarten-Doppelboden ca. 140 m²;
 hier Dieselnotsstromaggregat: Dieselnotsstromag-
 gregat 630 kVA ca. 1 Stck., Abgasleitung mit
 Schalldämpfern ca. 90 m, Rückkühlung mit Ven-
 tilator Kühler, Luftkanälen und Schalldämpfern
 ca. 1 Stck.; hier Sicherheitsbeleuchtung: Zentral-
 batterieanlage mit Unterstationen für Sicher-
 heitsbeleuchtung (Verbraucherleistung ca. 24
 kVA/1h) ca. 1 Stck., Sicherheitsleuchten mit LED
 bzw. Leuchtstofflampe ca. 1270 Stck., Rettungs-
 zeichenleuchten ca. 1650 Stck.; hier Untervertei-
 lungen: Gebäudehauptverteiler ca. 9 Stck., Eta-
 gen- und Bereichsverteiler ca. 52 Stck., Küchen-
 verteiler ca. 1 Stck., Kleinverteiler ca. 50 Stck.;
 hier Kabeltrassensysteme: Steigetrasse vertikale
 ca. 1100 m, Kabeltrassensysteme horizontal ca.
 3000 m, Kabeltrassensysteme mit Funktionser-
 halt horizontal ca. 1600 m; hier Installationsge-
 räte: Installationsgeräte (Schalter, Taster, Steck-
 dosen) ca. 10600 Stck., Präsenz- und Bewegungs-
 melder ca. 1000 Stck., Fußbodentanks für
 9 Geräte mit Gerätebechern ca. 1 650 Stck., Schu-
 kosteckdosen 3-fach für Fußbodentank ca. 1650
 Stck., Anschlussstecker und -kupplung 6-polig
 für Stehleuchten ca. 1650 Stck.; hier Kabel und
 Leitungen: Steigekabel halogenfrei 16 mm² bis
 185 mm² ca. 12000 m, Installationskabel halogen-
 frei 1,5 mm² bis 6 mm² ca. 22000 m; hier Leuch-
 ten und Lampen: Stehleuchten mit DALI-Steue-
 rung ca. 1620 Stck., Downlights mit LED und

DALI-Steuerung ca. 1620 Stck., sonstige Downlights ca. 3100 Stck., Langfeldleuchten mit EVG ca. 2400 Stck., LED-Lichtbandelemente ca. 80 m, Deckenfluter und HIT-Strahler ca. 100 Stck.; hier Blitzschutz-Fangeinrichtungen: Blitzschutz-Fangleitung mit Dachleitungshaltern ca. 1500 m; hier Bohrungen, Schlitz: Kernbohrungen ca. 80 Stck., Wandschlitz ca. 700 m; hier Schrankenanlage: Schrankenanlage Tiefgarage ca. 2 Stck.; Montage und Unterhaltung von Kommunikationstechnik: hier Brandmelder- und Alarmierungstechnik: Brandmelderhauptzentrale ca. 1 Stck., Brandmelderunterzentrale ca. 3 Stck., Ringbus-Module ca. 112 Stck., Handmelder-Feuer ca. 220 Stck., Multisensormelder ca. 4100 Stck., Signalsockel ca. 2900 Stck.; hier EDV-Anlage: Datenverteilerschränke ca. 46 Stck., Patchfelder ca. 130 Stck., Doppelanschlussdose RJ45, CAT.gA ca. 3750 Stck.; hier Türsprechanlagen: Sprechanlagen-Server ca. 1 Stck., Außensprechstellen ca. 11 Stck., Innensprechstellen ca. 9 Stck.; hier Zutrittskontrollanlage: Zutrittskontrollleser ca. 45 Stck., Zutrittskontroll-Software ca. 1 Stck.; hier Gebäudefunkanlage: Zentrale der Gebäudefunkanlage ca. 1 Stck., Leckkabel ca. 1500 m, Funkfeldmessung ca. 1 Stck.; hier Rauch-Wärme-Abzugsanlage: RWA-Anlage ca. 1 Stck.; hier Lichttrufanlagen: WC-Lichttrufanlagen ca. 18 Stck.; hier Kommunikationskabel: Schwachstromkabel halogenfrei bis 6x2x0,8 ca. 133000 m, Schwachstromkabel halogenfrei ab 8x2x0,6 ca. 1100 m, Datenkabel halogenfrei CAT 7 ca. 414000 m, Lichtwellenleiterkabel halogenfrei ca. 19000 m; hier Dokumentation: Dokumentation Starkstromanlagen ca. 1 Stck., Dokumentation Kommunikationsanlagen ca. 1 Stck.; hier Wartung: Wartung Starkstromanlagen ca. 1 Stck., Wartung Kommunikationsanlagen ca. 1 Stck.; hier Sonstiges: Bemusterungen Starkstromanlagen ca. 1 Stck., Bemusterungen Kommunikationsanlagen ca. 1 Stck., Erstellung und Lieferung der Werk- und Montageplanung.

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 11. Oktober 2011
Ende: 15. März 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Siehe Verdingungsunterlagen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Siehe Verdingungsunterlagen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Siehe Verdingungsunterlagen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Siehe Verdingungsunterlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Siehe Verdingungsunterlagen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Siehe Verdingungsunterlagen.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: –

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 20. Juni 2011

Die Unterlagen sind kostenpflichtig.
Preis: 75,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Überweisung; der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:

SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort Neubau BSU,
Vergabe 4-03 Elektrotechnik,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
27. Juni 2011, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 15. August 2011
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
27. Juni 2011, 10.30 Uhr
Ort: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg.
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:**
Der Versand der Verdingungs-, Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen erfolgt in digitaler Form auf CD gegen eine Gebühr von 75,- Euro.
Der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.
Empfänger:
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort Neubau BSU,
Vergabe 4-03 Elektrotechnik,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20354 Hamburg,
Deutschland,
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 40 - 30 93,
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 24 96
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Es gelten die Fristen des § 101 a GWB und § 107 Absatz 3 GWB. Nach § 107 Absatz 3 Nummer 1

GWB hat der Bieter einen Verstoß gegen Vergabevorschriften unverzüglich zu rügen, dies bedeutet für die Auftraggeberin spätestens nach 5 Kalendertagen. Der Bieter wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Nachprüfung nach § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
5. Mai 2011

Hamburg, den 12. Mai 2011

Sprinkenhof AG

473

Bekanntmachung einer Öffentliche Ausschreibung gemäß § 12, Nr. 1 VOB/ A

DESY Ausschreibungsnummer C2007-11

- a) Auftraggeber:
Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80
Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung nach VOB Teil A (§ 3 Nr. 1)
- c) Elektronische Auftragsvergabe:
Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.
- d) Art des Auftrags: Einheitspreisvertrag
- e) Ort der Ausführung: DESY Betriebsgelände Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:
Rahmenvertrag (ohne Abnahmeverpflichtung) mit einem Gesamtwert von vorläufig ca. 150 000,- Euro zzgl. MwSt. über die Erweiterungs-, Instandhaltungs- und Wartungsarbeiten an der Brandmelde- und Einbruchsicherungsanlage für die Dauer von 1 Jahr mit Optionsvereinbarung für weitere 3 Jahre.
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden: entfällt
- h) Losweise Vergabe: entfällt
- i) Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:
1. August 2011 bis 30. Juni 2012 mit Optionsvereinbarung für weitere 3 Jahre jeweils dann vom 1. Juli bis 30. Juni 2012/2013, 2013/2014, 2014/2015.
- j) Änderungsvorschläge oder Nebenangebote: entfällt
- k) Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen unter Angabe der Ausschreibungsnummer **C2007-11:**
**Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,**

Telefon: 040 / 89 98 - 24 80,
Telefax: 040 / 89 98 - 40 09,
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist: entfällt

m) Bei Teilnahmeantrag:

Anträge auf Teilnahme können bis zum 31. Mai 2011 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 1. Juni 2011 versandt.

n) Frist für den Eingang der Angebote:

Bis **Mittwoch, den 22. Juni 2011 um 10.00 Uhr** bei DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss.

o) Anschrift: Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

„**DESY C2007-11, Angebotstermin: 22. Juni 2011, Uhrzeit 10.00 Uhr**“ per Post/Boten zu richten an:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg,

Briefpost: 22603 Hamburg,

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) Sprache: Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen

q) Eröffnung:

Mittwoch, den 22. Juni 2011 um 10.00 Uhr bei DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein

r) Geforderte Sicherheiten: entfällt

s) Zahlungsbedingungen: sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen

t) Rechtsform einer Bietergemeinschaft:

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:

– Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung

vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.

– Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuchs Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30 000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

– Ortsbesichtigung: Der Bieter kann sich vor Angebotsabgabe nach vorheriger Terminabsprache mit der DESY-Fachabteilung – ZTS – (Herr May, Telefon: 040/8998 - 31 85) über die Örtlichkeiten, deren Zugangsmöglichkeiten und alle sonstigen entscheidenden Randbedingungen informieren. Dies wird ausdrücklich empfohlen. Die Ortsbesichtigung kann nur in der Kalenderwoche 23/2011 vom 6. Juni 2011 bis 10. Juni 2011 vorgenommen werden. Eine schriftliche Bestätigung der Ortsbesichtigung durch den Bauherrn ist dem Angebot beizufügen.

Angebote ohne die verlangten Nachweise/ Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) Zuschlagsfrist: 22. Juli 2011

w) Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:

Kaufmännischer Direktor des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 13. Mai 2011

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 474

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadtreinigung Hamburg, Anstalt öffentlichen Rechts, Bullerdeich 19, 20537 Hamburg, schreibt eine **Rahmenvereinbarung zur Anmietung von Kleinkehrmaschinen** unter der Nummer **OV-RV 2011.111** im Offenen Verfahren aus. Nähere Angaben finden Sie im EG-Amtsblatt, Submissionsanzeiger, Bundesausschreibungsblatt, bi-Ausschreibungsblatt, Subreport sowie bei der Stadtreinigung Hamburg (Anschrift siehe oben) werktags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr, Gebäude 1, Zimmer 120, und im Internet: [www.srhh.de/Über uns/Ausschreibungen](http://www.srhh.de/Über_uns/Ausschreibungen). Die Unterlagen können bis zum 27. Juni 2011 angefordert werden.

Hamburg, den 12. Mai 2011

Stadtreinigung Hamburg 475